

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 21. Dezember 1955

Blatt 2432

Neue Subventionen aus dem Wiener Sportfonds

=====

21. Dezember (RK) Auf Antrag des Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung Mandl genehmigte gestern der Wiener Stadtsenat Kostenbeiträge aus dem Wiener Sportfonds in der Gesamthöhe von 105.500 Schilling an 31 Sportorganisationen, die vom Sportbeirat vorgeschlagen wurden. Die Subventionsbeträge werden für den Ankauf von Sportutensilien zur Durchführung des Sportbetriebes und für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen verwendet werden.

- - -

Stifter-Ausstellung nur mehr bis 31. Dezember

=====

21. Dezember (RK) Die große Adalbert Stifter-Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien (Neues Rathaus, Feststiege) kann nur mehr bis Samstag, den 31. Dezember, geöffnet bleiben. Wer sie bisher nicht gesehen hat, muß also diese letzten vierzehn Tage, vor allem die Feiertage, zum Besuch benützen.

Das Historische Museum der Stadt ist am 24. und 31. Dezember ausnahmsweise nur bis 12 Uhr geöffnet, sonst aber an allen Tagen, auch an den Feiertagen, wie auf den Plakaten ersichtlich ist.

Sonntag, den 25. Dezember, führt um 11 Uhr vormittag Direktor Dr. Glück durch die Stifter-Ausstellung.

- - -

Öffnungszeiten der Städtischen Museen und Gedenkstätten zu
=====Weihnachten
=====

21. Dezember (RK) Das Schubert-Museum und das Haydn-Museum, der Beethoven-Erinnerungsraum und der Mozart-Erinnerungsraum sowie Franz Schuberts Sterbezimmer sind zu Weihnachten, auch an den Feiertagen, zu den normalen Besuchszeiten geöffnet. Eine Ausnahme bilden nur der 24. und 31. Dezember. An diesen Tagen werden alle angeführten Museen und Gedenkstätten um 12 Uhr geschlossen.

Die Römische Ruinenstätte am Hohen Markt schließt am 24. und 31. Dezember um 12 Uhr. Sie bleibt aber auch Montag, den 26. Dezember, geschlossen.

- - -

Weihnachtsfeiern im Altersheim Baumgarten
=====

21. Dezember (RK) Morgen, Donnerstag, beginnen am Nachmittag im Altersheim der Stadt Wien in Baumgarten die Weihnachtsfeiern. Die Feiern für die bettlägerigen und schwer gehfähigen Pflinglinge im Pavillon II finden ab 15 Uhr, die für die gesunden und gehfähigen Pflinglinge ab 15.45 Uhr im Festsaal des Pavillons I statt. Eine Anzahl prominenter Künstler hat sich in uneigennützig Weise für die Verschönerung dieser Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

- - -

Der Abschluß der Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus
=====

21. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurde heute früh die Sitzung des Wiener Gemeinderates mit dem Abschluß der Beratungen über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen fortgesetzt. Die Debatte war gestern beendet worden, Stadtrat Dkfm. Nathschläger hielt daher das Schlußwort.

Der Referent beschäftigte sich zunächst mit den Ausführungen von GR. Maller, der nicht weniger als neun Anträge vorgelegt hat und verschiedene kritische Bemerkungen machte. Zu den angeblich zu hohen Abschreibungen stellte Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest, daß in den Vorberatungen der Wirtschaftspläne die von den Unternehmungen genannten und als notwendig bezeichneten Ziffern ziemlich weit herabgesetzt wurden.

Der Referent bestätigte, daß die Stadtwerke mit Planungsaufgaben der Stadt belastet sind und dafür große Geldmittel aufzuwenden haben. So erfordert zum Beispiel der Umbau des Pratersterns von den Stadtwerken 25 Millionen Schilling. Es wäre sehr zu empfehlen, wenn man die Belastungen für die Unternehmungen auf diesem Gebiet erleichterte.

Zum Streik der Straßenbahner stellte der Stadtrat fest, niemand habe den Straßenbahnern ihre Forderungen streitig gemacht. Unter solchen Umständen jedoch einen Streik vom Zaun zu brechen, halte er doch für unverantwortlich. Ein öffentlich Bediensteter muß eine andere Stellung zu seinem Unternehmer und der Bevölkerung aufbringen, als ein Angestellter eines privaten Betriebes.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger wies auch den Vorwurf zurück, er habe die Tarifierhöhungen mitunterschrieben. Er stellte ausdrücklich fest, daß der Akt neben seiner Unterschrift den Vermerk "gesehen" trage. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, daß die Vorlage in seinem Büro durchgelaufen sei.

Was GR. Maller über die veralteten Methoden der Gaswerke gesagt hat, wird durch die Meinung ausländischer Fachleute widerlegt, die voll des Lobes über dieses Unternehmen sind. Den Antrag der VO auf Gaspreissenkung empfiehlt der Berichterstatter der Ablehnung.

Zu den Bemerkungen von GR. Maller über eine angebliche Stromnot stellte der Stadtrat fest, er habe noch keine Zuschrift oder Beschwerde bekommen, daß ein Abnehmer ein Gerät nicht hätte anschließen können. Den Antrag auf Abhaltung einer Energie-enquete empfiehlt der Referent der Ablehnung, weil die Fachleute des E-Werkes genau wissen, was noch zu geschehen hat. Auch der Antrag auf Strompreissenkung könne nicht angenommen werden, nachdem erst vor wenigen Monaten eine Ermäßigung der Grundgebühr durchgeführt wurde. Zu der Frage über die Ausrüstung der Straßenbahnwagen mit zusätzlichen Bremsen, teilte Stadtrat Dkfm. Nathschläger mit, daß bis Ende 1955 210 Triebwagen mit Batterie-Vorerregung ausgestattet wurden. Schienenbremsen erhielten bis Ende 1955 248 Triebwagen und 407 Beiwagen.

Die übrigen Anträge von GR. Maller empfiehlt Stadtrat Nathschläger, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Stadtrat Nathschläger nimmt dann zu den Ausführungen des GR. Dr. Wollinger Stellung. Von diesem wurde das Investitionsprogramm begrüßt und langfristige Investitionspläne durch die Aufnahme von Krediten gefordert. Er habe auf den wunden Punkt der Gebrauchsgebühren hingewiesen und auch einen Antrag seiner Fraktion auf Einführung eines Teilstreckentarifes urgiert. Eine solche Maßnahme wurde auch von der Verkehrsenquete angeregt. Der Stadtrat stellt fest, daß alle diese Anträge tariflicher Natur in den nächsten Wochen im Ausschuß XII behandelt werden. Dort soll dann über ihre Verwirklichung entschieden werden. Bezüglich der Schaffung der U-Bahn ist er nach wie vor optimistisch. Sie wird kommen, weil sie kommen muß.

Zum Hinweis des GR. Adelpoller, was die E- und Gaswerke seinerzeit als Beitrag zur öffentlichen Beleuchtung leisten mußten, ist zu sagen, daß seinerzeit die beiden Werke die Aufgabe hatten, die öffentliche Beleuchtung kostenlos durchzuführen. Die Verhältnisse haben sich aber inzwischen geändert. Was vor fünfzig Jahren Gültigkeit hatte, muß den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen.

Heute vertritt der Gemeinderat das Prinzip der kostendeckenden Preise und es ist selbstverständlich, daß auch die Unternehmungen diese kostendeckenden Preise für Leistungen in Anspruch nehmen müssen, die sie der Gemeinde Wien gewähren. Von GR. Adelpoller wurde auch auf die Leistungssteigerung bei den Unternehmungen seit 1937 hingewiesen. Diese Zahlen sind richtig und zeigen klar und deutlich den allgemeinen Fortschritt unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Abschließend stellt Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest, daß man nur dann weiter kommen werde, wenn der Haushalt in Ruhe und Ordnung erstellt werden kann. Daß dies so sein möge, dazu rufe er alle Parteien des Hauses auf. Alle diese Leistungen konnten nur erbracht werden unter der Voraussetzung, daß Ruhe und Ordnung auch bei den städtischen Bediensteten in den ganzen Jahren vorhanden war. Der Referent bittet um Annahme der Wirtschaftspläne und um Genehmigung, den Fehlbetrag des Finanzplanes von rund 77 Millionen Schilling durch eine vorläufige Sperre von Posten des Investitionsplanes in gleicher Höhe auszugleichen und Stadtrat Resch zu ermächtigen, die Sperre der Investitionen ganz oder teilweise aufzuheben.

Bei der Abstimmung wurden die Wirtschaftspläne der Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista für 1956 ohne die Stimmen der VO angenommen. Drei Anträge der Sozialistischen Fraktion auf Tarifermäßigung für Schulkinder, Einführung eines Kinderrückfahr Scheines und unentgeltliche Beförderung von Sportkinderwagen wurden einstimmig zur weiteren Behandlung dem Ausschuß XII zugewiesen. Die Anträge des GR. Maller auf Senkung des Gastarifes, Vorkehrungen für die Einberufung einer Wiener Energieenquete und Herabsetzung des Stromtarifes wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Weitere Anträge auf Einführung ermäßigter Tages-Hin- und Rückfahrkarten auf Straßenbahn, Stadtbahn und Obus, Beschaffung eines einheitlichen Tarifes für Straßenbahn, Autobus und Obus, Einbeziehung des 23. Wiener Gemeindebezirkes in das Wiener Tarifsystem, Verlängerung der Straßenbahnlinie 16 bis Aspern, Verlängerung der Straßenbahnlinie 10 bis Dornbach und Schaffung einer Straßenbahnlinie in der Gablenzgasse wurden einstimmig dem Gemeinderatsausschuß XII zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Damit waren die Budgetverhandlungen beendet.

Stadtrat Dr. Migsch referierte dann noch über eine Verlängerung der Frist über die weitere Auszahlung der Personalzulagen bis 31. März 1956. Da die Gehaltsverhandlungen am 31. Dezember nicht abgeschlossen waren, haben die vier Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes mit der Bundesregierung eine derartige Fristverlängerung vereinbart. Der Bund hat bereits einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Der vorliegende Antrag soll nun eine analoge Maßnahme ermöglichen.

GR. Dr. Soswinski meldet sich zu Wort und erinnert daran, daß am 17. Juni dieses Jahres der Wiener Gemeinderat für sieben Monate eine Zwischenlösung beschlossen hatte, die mit 31. Dezember abläuft und wieder verlängert werden soll. Er verweist dann auf die kritische Stimmung unter den Gemeindebediensteten, die sich nicht nur auf die Straßenbahner beschränkte und daß es Warnstreike bei den Gaswerken und E-Werken gegeben hat. Anzeichen zu einer Streikbewegung wurden aber auch bei der Polizei, bei der Post und bei der Eisenbahn festgestellt. Dann erst kam die sogenannte Lösung mit den 85 Prozent als Endziel, die der Redner in ihrer Auswirkung nicht als ein Plus, sondern als ein Minus für die öffentlich Bediensteten bezeichnet. Über die 85 Prozent des neuen Gehaltsgesetzes besteht gegenwärtig noch keine Klarheit, man kommt aber mit neuen Verzögerungen und er meint, für die Gemeinde Wien bestehe kein Grund, sich einer solchen Politik des Bundes anzuschließen. Unter dem Druck der Streikdrohung am Goldenen Sonntag habe sich die Gemeinde Wien entschlossen, per 1. Februar die ominösen 85 Prozent zu genehmigen, doch jetzt stellt es sich heraus, daß auch dieser Termin nicht mehr Geltung hat.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Behauptungen, daß es vor 1934 für die Gemeindebediensteten kein 14. Monatsgehalt gegeben habe und stellt fest, daß am 1. Juli 1930 den Gemeindebediensteten das volle 13. Monatsgehalt und im Dezember das volle 14. Monatsgehalt ausbezahlt wurde. Im Juni 1932 hat man 75. Prozent des 13. Monatsgehaltes und im Dezember desselben Jahres 75 Prozent des 14. Monatsgehaltes bewilligt. Im Zusammenhang zitiert er auch einen Ausspruch des NR. Pölzer auf dem Gewerkschaftstag

der Gemeindebediensteten in dem festgestellt wurde: "Solange Österreich ein Rechtsstaat war, hatten die Gemeindebediensteten 14. Monatsgehälter". Der Redner empfiehlt dem Stadtrat, sich bei der Feuerwehr oder bei Krankenschwestern zu erkundigen, ob auch für sie der Stadtsenatsbeschluss über die gesetzlichen Feiertage gelte. Zur Erklärung des Stadtrates in der Budgetdebatte, daß die Gewerkschaft noch niemals die Forderung nach dem 14. Monatsgehalt vorgelegt habe, stellt er fest, daß diese Forderung anlässlich des 3. Gewerkschaftstages einstimmig beschlossen wurde und ist der Meinung, daß ein diesbezüglicher Antrag von der Gewerkschaft auch an die Gemeinde Wien weiter geleitet werden mußte. Abschließend stellt er einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Geschäftsstück, in dem das Datum "31. März 1956" durch "31. Jänner 1956" ersetzt werden soll.

Stadtrat Dr. Migsch sagt in seinem Schlußwort, der Vorredner mache es ihm mit der Art seiner Ausführungen schwer, mit ihm sachlich zu debattieren. Natürlich, erklärt er, hat die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ein Programm beschlossen, was auch die Kommunisten und alle anderen Korporationen tun. Wann und wie aber dieses Programm durchgeführt wird, ist Angelegenheit der Gewerkschaft. Wenn die Gewerkschaft der Behandlung anderer Forderungen das Vorrecht gibt, dann ist das ebenfalls ihre Sache. Zur Frage der Gehaltsregelungen erklärt er, daß hier dauernd Irrtümer und Verwechslungen vorliegen, die nicht besser werden, wenn man sie immer wieder wiederholt. Das neue Gehaltsgesetz liegt vor. Tritt die Durchführung der Regelung später in Kraft, und das ist auch GR. Dr. Soswinski wohl bekannt, bekommen die Gehaltsempfänger alles nachbezahlt. Er setzt sich dann mit den Bemerkungen seines Vorredners über den Straßenbahnerstreik auseinander. Wenn der Weizen der Kommunisten am Goldenen Sonntag nicht aufgegangen ist, sagt er, müßte sich seiner Meinung nach ein im öffentlichen Leben stehender Mensch, auch Dr. Soswinski, damit abfinden können. Seinen Abänderungsantrag bezeichnet er als unernst und bittet den Gemeinderat um dessen Ablehnung. Der Antrag von GR. Dr. Soswinski wurde dann gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dr. Migsch (SPÖ) unterbreitete auch den Antrag, den bei den Wiener Stadtwerken auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes eingestellten Stenotypistinnen unter der Voraussetzung, daß sie am 30. November 1955 mindestens ein Monat im Dienst gestanden sind, eine einmalige Sonderzahlung im Ausmaße eines Viertelmonatsbezuges, das sind 185 S im ersten Dienstjahr und 205 S im zweiten Dienstjahr, zu gewähren. Den nach dem Jugendeinstellungsgesetz eingestellten jugendlichen Hilfsarbeitern der Wiener Stadtwerke wird, sofern sie am 1. Dezember 1955 mindestens vier Wochen beschäftigt waren, eine einmalige Sonderzahlung im Ausmaße von 48-Stundenlöhnen, das sind 213.60 S für männliche und 201.60 S für weibliche Personen, zuerkannt. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referiert folgenden Antrag: Die Stadt Wien übernimmt die Hälfte der Kosten für folgende Maßnahmen zu Gunsten der Gastärzte an den Wiener städtischen Krankenanstalten (einschließlich der ehemaligen Fondskrankenanstalten): Für eine einmalige Zuwendung von 200 S an die Gastärzte, die am 1. Dezember 1955 ein Stipendium bezogen. Die Erhöhung der Stipendien von derzeit 750 S auf 1.200 S ab 1. Jänner 1956. Die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie der Bezücker des Stipendiums zu tragen hätte. Auch dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Schlußrede des Bürgermeisters

Abschließend ergriff der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, das Wort. Er führte aus:

"Wir stehen nun nach eingehenden Beratungen, die von ruhiger Sachlichkeit getragen waren, am Schluß der Budgetdebatte. Damit hat der Wiener Gemeinderat den Haushaltsplan gewissenhaft bestellt und den Kreis jener Aufgaben scharf umrissen, welchen die Gemeindeverwaltung im kommenden Jahre mit gewohnter Verantwortungsfreude zu dienen hat.

Als Bürgermeister und einem der Vorsitzenden des Gemeinderates drängt es mich, allen Frauen und Männern vor aller Öffentlichkeit zu danken, die zu den Grundlagen und zu der Beschlußfassung über diesen Voranschlag mit tiefer Sachkenntnis und mit Hingabe beigetragen haben.

Den erheblichsten Anteil an diesem Arbeitspensum hatte, was sich schon aus der Natur der Sache versteht, wieder Herr Amtsführender Stadtrat Resch in seiner Eigenschaft als städtischer Finanzreferent zu tragen. Ich danke ihm für seine besondere Umsicht, nicht weniger aber auch den übrigen Herren Stadträten für die große Mühe, der sie sich bei der ressortmäßigen Erstellung des Haushaltsplanes unterzogen haben.

Ebenso gilt mein Dank aber auch Ihnen, sehr geehrte Frauen und Herren des Wiener Gemeinderates, für den sachlichen Ernst, den Sie - als die berufenen Vertreter des Wiener Volkes - bei den Beratungen und Abstimmungen zu Tage legten. Ihre Anregungen und Kritiken belebten die umfangreiche Materie und werden wesentlich beitragen, die Verwaltung unserer Stadt auch im kommenden Jahre möglichst zu befruchten und volksnahe zu gestalten.

Herr Stadtrat Resch hat in seiner Schlußrede bereits den Herren Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs und den in Budgetfragen der Hohenverwaltungsverwaltung führenden Beamten der Geschäftsgruppe II für ihre gediegene Vorarbeit Lob und Anerkennung gezollt. Es obliegt mir also noch, in Bezug auf das Budget der Wiener Stadtwerke auch Herrn Generaldirektor Frankowski und die Herren Direktoren der städtischen Unternehmungen hervorzuheben.

Nicht vergessen will ich aber auch die sonstigen Mitarbeiter, die Stenographen, die Beamten der Pressestelle wie des Präsidialbüros und natürlich auch die Vertreter der Zeitungen als den Organen der öffentlichen Meinung.

Allen diesen Mitarbeitern spreche ich hiemit den Dank der Gemeindeverwaltung aus, einen Dank, dem sich gewiß auch der hohe Gemeinderat anschließen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Ich bin ferner Ihrer Zustimmung, meine Frauen und Herren, sicher, wenn ich beim Abschluß unserer Beratungen mit besonderer Wärme der gesamten Bevölkerung gedenke, deren Fleiß und Einsicht das feste Fundament unserer kommunalen Leistungen sind.

Der soeben unter Dach und Fach gebrachte Voranschlag ist der erste, den die Bundeshauptstadt der endlich wieder frei gewordenen Republik Österreich beschlossen hat. Österreichs wiedergewonnene Freiheit und Unabhängigkeit verpflichten uns und sollen uns bereit finden, mit verstärkter Kraft der Wohlfahrt unseres Volkes

zu dienen. Hierzu rufe ich von dieser Stelle alle auf, die guten Willens sind.

Mit dem nun Gesetz gewordenen Voranschlag sind die Voraussetzungen für eine geordnete Weiterarbeit geschaffen. Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Frauen und Herren des Wiener Gemeinderates, und allen Wienerinnen und Wienern ein glückliches Weihnachtsfest und die möglichste Erfüllung der frohen Erwartungen, die Sie an den Jahreswechsel knüpfen! (Allgemeiner Beifall.) Die Sitzung ist geschlossen!

Die Klubobmänner der im Wiener Gemeinderat vertretenen drei Parteien begaben sich zum Podium und überbringen Bürgermeister Jonas die Glückwünsche ihrer Fraktionen. Als erster gratuliert GR. Dr. Stemmer (SPÖ), dann GR. Mühlhauser (ÖVP) und GR. Lauscher (VO).

- - -

Der hessische Kultusminister bei Bürgermeister Jonas
=====

21. Dezember (RK) Der hessische Kultusminister Arno Hennig, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, stattete heute im Wiener Rathaus einen Besuch ab. Er wurde von Bürgermeister Jonas im Beisein von Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Zechner empfangen. Nach einem herzlichen Gespräch trug sich der deutsche Minister in das Gästebuch des Bürgermeisters ein. Unter anderem schrieb er folgenden Satz: "Wir wissen, daß die Herzenshöflichkeit des österreichischen Volkes in einem künftigen Europa die unerläßliche menschliche Haltung sein muß!"

- - -

Weihnachts-Erholungsaktion der Stadt Wien
=====

21. Dezember (RK) So wie im vergangenen Jahr veranstaltet das Jugendamt der Stadt Wien auch heuer wieder eine Weihnachts-Erholungsaktion für erholungs- und sozialbedürftige Kinder, die von den Bezirksjugendämtern und von Erziehungsanstalten ausgewählt wurden.

Für 66 Kinder aus Erziehungsanstalten, die keine Angehörigen haben, die sie zu den Feiertagen besuchen, wird eine besondere Weihnachtsaktion im Kindererholungsheim Lehenhof veranstaltet. Die Kinder bleiben dort vom 19. Dezember bis 7. Jänner und erhalten Geschenke nach eigener Wahl, wie Bücher, Puppen, Fußbälle, Mataborbaukästen, Füllfedern usw.

Zwei Turnusse mit insgesamt 112 Kindern sind in die Heime Ilsenheim bei Graz und Stollhof an der Hohen Wand während der Feiertage untergebracht. Auch diese Kinder erhalten Geschenke.

Die Weihnachtsaktion des Jugendamtes der Stadt Wien hat somit eine bedeutende Ausweitung erfahren, da gegenüber 71 Kindern im Vorjahr heuer 178 Wiener Kinder ihre Weihnachtsferien in städtischen Kindererholungsheimen verbringen werden.

- - -

Pferdemarkt vom 20. Dezember
=====

21. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 190 Pferde, davon 20 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 175, als Nutztiere 2 verkauft, unverkauft blieben 13 Pferde.

Preise: Jungpferde und Fohlen 10.- bis 11.50 S, 1. Qualität 6.10 bis 7.20 S, 2. Qualität 5.10 bis 6.- S, 3. Qualität 4.- bis 5.- S.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 111, Oberösterreich 31, Burgenland 22, Steiermark 14, Kärnten 9, Salzburg 2, Tirol 1.

Der Marktverkehr war lebhaft. Pferde notierten bei Qualitätsverbesserungen behauptet, Fohlen verteuerten sich bis zu 30 Groschen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20 KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 22. Dezember 1955

Blatt 2443

Theaterfreikarten auch für die städtischen Lehrlinge

=====

22. Dezember (RK) Die Direktion des Raimundtheaters hat anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage, wie bereits berichtet, Freikarten für 900 Dauerbefürsorgte zur Verfügung gestellt. Weitere 600 Karten wurden für die städtischen Lehrlingsheime gespendet. Vizebürgermeister Weinberger, dem die Karten zur Verteilung übergeben worden waren, dankte in einem Schreiben der Direktion des Raimundtheaters.

- - -

Edmund Klotz zum Gedenken

=====

22. Dezember (RK) Am 25. Dezember sind 100 Jahre vergangen, daß der Bildhauer Edmund Klotz in Inzing (Tirol) geboren wurde.

Er erlernte seinen Beruf in Imst, ging dann nach München und vollendete seine Studien an der Wiener Akademie. Nach einigen in Florenz und Rom verbrachten Jahren hielt er sich dauernd in Wien auf und schuf zahlreiche Porträtbüsten in Bronze und Marmor, Grabmäler sowie Werke der kirchlichen Kunst. Am 6. Juni 1929 ist Edmund Klotz gestorben.

- - -